

30062022 | wochenblatt-dlv.de | Versorgungssicherheit | Welternährung: Die Produktivität muss sich verdreifachen
22062022 | wochenblatt-dlv.de | Ernährungssicherung | Welternährung: Ärger um Grünen-Studie zur Pflicht-Stilllegung
25052022 | wochenblatt-dlv.de | Welternährung: Wojciechowski kann sich | Fruchtfolgelockerung vorstellen
23052022 | wochenblatt-dlv.de | Ernährungssicherung | Welternährung: Ein Bündel von Maßnahmen nötig

30062022 | wochenblatt-dlv.de | Versorgungssicherheit | Welternährung: Die Produktivität muss sich verdreifachen

https://www.wochenblatt-dlv.de/politik/welternahrung-produktivitaet-verdreifachen-569709?utm_campaign=blw-mo-fr-nl&utm_source=blw-nl&utm_medium=newsletter-link&utm_term=2022-07-01

Laut Prognose von FAO und OECD steigt Nachfrage nach Lebensmitteln schneller als Erzeugung. Hungerkrisen könnten daher zunehmen. Die Produktivität muss weltweit deutlich steigen, um Krisen zu verhindern.

In den kommenden Jahren könnte sich das weltweite Hungerproblem noch weiter verschärfen. Davon gehen die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in ihrer aktuellen Studie „OECD-FAO Agricultural Outlook 2022-2031“ aus.

So wird der weltweite Nahrungsmittelverbrauch, auf den der größte Teil der Agrarrohstoffe entfällt, in den kommenden zehn Jahren jährlich um 1,4% steigen und hauptsächlich vom Bevölkerungswachstum bestimmt sein. Dagegen wird die Produktion in den kommenden zehn Jahren aber nur um jährlich 1,1% zulegen. Dabei gehen die Organisationen von einem Wachstum vor allem in den ärmeren Ländern aus.

Hohe Betriebsmittelpreise bremsen Wachstum

Wie bisher wird die zusätzliche Nachfrage vor allem aus Ländern der unteren und mittleren Einkommensgruppe kommen. In den Hocheinkommensländern werden das langsame Bevölkerungswachstum und eine Sättigung des Pro-Kopf-Verbrauchs die Nachfrage begrenzen. In den Niedrigeinkommensländern dürften die Ernährungsgewohnheiten dagegen weiterhin auf Grundnahrungsmitteln basieren.

Die Studie unterstellt, dass Landwirte in den ärmeren Ländern einen besseren Zugang zu Betriebsmitteln haben werden. Dabei sind aber produktivitätssteigernde Technologien, Infrastruktur und Ausbildung entscheidend. Allerdings sagen die Experten einen länger andauernden Anstieg der Preise für Energie und Betriebsmittel wie Mineraldünger vorher, so dass Produktionskosten steigen. Das könne das Produktivitäts- und Produktionswachstum in den kommenden Jahren bremsen.

Produktivität muss um 28% steigen

Die Studie unterstreicht den erheblichen Beitrag der Landwirtschaft zum Klimawandel. Ihre direkten Treibhausgasemissionen (THG) werden den Projektionen zufolge im kommenden Zehnjahreszeitraum um 6% steigen, wobei 90% dieser Zunahme auf Viehbestände entfallen. Die Emissionen der Landwirtschaft werden jedoch langsamer wachsen als die Produktion. Zurückzuführen ist dies nach der Studie auf bessere Ernteerträge und einen sinkenden Anteil der Produkte von Wiederkäuern, was auf einen Rückgang der CO₂-Intensität der Landwirtschaft schließen lässt.

Damit der Agrarsektor effektiv die Pariser Klimaziele erreichen könne, sei es nötig, klimafreundliche Produktionsverfahren und Technologien, insbesondere in der Viehwirtschaft flächendeckend einzuführen. Gleichzeitig muss allerdings die durchschnittliche Produktivität der Landwirtschaft in den kommenden zehn Jahren um 28% steigen, damit die Welt das UN-Ziel von Null Hunger in 2030 erreichen und gleichzeitig die landwirtschaftlichen Emissionen entsprechend den Pariser Klimazielen senken kann. Das ist mehr als das Dreifache der Produktivitätssteigerung des letzten Jahrzehnts.

Offene Märkte nötig

Um die Herausforderungen der Ernährungssicherheit zu bewältigen, sind laut OECD und FAO gut funktionierende globale Handelsbeziehungen und Märkte unerlässlich. Der weltweite Handel mit den

wichtigsten landwirtschaftlichen Rohstoffen und veredelten Agrarprodukten wird den Projektionen zufolge in den kommenden zehn Jahren parallel zur Produktion zunehmen.

Es ist jedoch damit zu rechnen, dass einige Regionen einen größeren Anteil ihrer inländischen Produktion exportieren und andere ihren Gesamtverbrauch mit höheren Einfuhren abdecken werden. Das zeige, wie wichtig ein transparentes, vorhersehbares und regelbasiertes multilaterales Handelssystem ist.

Ukrainekrieg: 19 Mio. Menschen mehr von Unterernährung betroffen

Die Studie beurteilt den Einfluss des Ukrainekrieges auf die globalen Agrarmärkte und die Ernährungssicherheit und unterstreicht die Risiken: Gegenüber dem Niveau vor dem Konflikt könnten die Gleichgewichtspreise für Weizen deutlich steigen - um 19%, wenn die Ukraine ihre Exportfähigkeit vollständig verliert, und um 34%, wenn zusätzlich die russischen Exporte auf 50% des Normalniveaus sinken.

Ein starker Exportrückgang aus der Ukraine und Russland 2022/2023 und 2023/2024, der nicht von der globalen Produktion aufgefangen wird, kann die Zahl der chronisch unterernährten Menschen weltweit weiter steigern. "Schätzungsweise 19 Mio. Menschen mehr könnten im Jahr 2023 weltweit von chronischer Unterernährung betroffen sein," warnt FAO-Generaldirektor Qu Dongyu.

22062022 | wochenblatt-dlv.de | Ernährungssicherung | Welternährung: Ärger um Grünen-Studie zur Pflicht-Stilllegung

CSU-Europaabgeordnete Marlene Mortler beklagt unseriöse Argumente bei geplanter Pflichtstilllegung.

Eine aktuelle Studie, die im Auftrag der grünen Europaparlamentarier Sarah Wiener und Martin Häusling erstellt wurde, ärgert die CSU-Europaabgeordnete Marlene Mortler gewaltig. Sie wirft dem Autorenteam, darunter Prof. Sebastian Lakner, Uni Rostock, vor, in Sachen Pflichtstilllegung unseriös zu argumentieren.

Die Studie kommt unter anderem zum Schluss, ein Aussetzen der 4%-igen Flächenstilllegung ab 2023 sei „nicht sinnvoll“, um die weltweite Getreideversorgung zu verbessern.

Mortler: Ein befreundeter Professor findet sich immer

„Ein befreundeter Professor findet sich hierfür immer und wenn er noch so unseriös argumentiert,“ so Mortler. „Es ist schon bezeichnend mit welcher Chuzpe die Grünen im Europaparlament Studien aus dem Ärmel zauberten, um der Welt zu erklären, dass wir nicht mehr, sondern weniger Landwirtschaft brauchen“.

Sie wirft den Grünen vor, damit anstehende politische Entscheidungen inhaltlich und öffentlich in die eigene Richtung lenken zu wollen. Derzeit prüft die EU-Kommission, die Auflagen für den Fruchtwechsel und die Pflichtstilllegung auszusetzen. Das bestätigte auch EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski am Dienstag (21.6.) bei seinem Besuch in Bayern.

Nach Mortlers Auffassung geht es beim Aussetzen der vier-prozentigen Flächenstilllegung nicht um das Umbrechen von Brachen, sondern um Weiterbewirtschaften von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Ziel sei es, laut Mortler, dass die deutsche und europäische Landwirtschaft ihren Beitrag leistet, um die Ernährungsunsicherheiten durch den Ukrainekrieg zu lindern.

Lockerungen bei Fruchtfolge besser

Laut Studie erscheint der Umbruch von Brachflächen (GLÖZ 8), die aus umweltpolitischen Motivationen angelegt werden, angesichts der zu erwartenden ökologischen Schäden eines solchen Umbruchs und des geringen Mengenpotenzials eines Umbruchs nicht sinnvoll. Dagegen könnte ein Aussetzen der Fruchtwechsel-Vorschriften (GLÖZ 7) als kurzfristige Notfallmaßnahme durchaus die Versorgungslage verbessern und wäre mit wesentlich geringeren ökologischen Folgewirkungen verbunden.

So rechnen die Studienautoren beim Aussetzen der Pflichtstilllegung mit einer zusätzlichen Getreidemenge von 1 Mio. t in Deutschland und 3,6 Mio. t in der EU. Lockerungen der Fruchtwechsel-

Vorschriften führen dagegen allein in Deutschland zu 3,4 Mio. t mehr Getreide. Ähnliches Potential bei der Stilllegung wie in der Studie sieht auch der Deutsche Bauernverband. DBV-Präsident Joachim Rukwied nannte beim Bauerntag Mitte Juni eine Größenordnung von bis zu 1,4 Mio. t.

Biokraftstoffe: 2,2 Mio. t mehr Getreide durch Beimischungsstopp

Deutlich mehr Produktionspotential sieht das Autorenteam dagegen beim vorübergehenden Stopp der Beimischung von Biokraftstoffen.

Allein für Deutschland brächte dies laut Studie 2,2 Mio. t mehr Getreide und 1,9 Mio. t mehr Rapsöl für die Ernährung. EU-weit weist die Studie dagegen zusätzliche Mengen von 4,6 Mio. t Getreide, 6,5 Mio. t Mais und 5,8 Mio. t Rapsöl aus. Ein Aussetzen dieser Beimischungspflicht könnte die Versorgungslage bei Futtergetreide verbessern und andere Getreidepartien für den Export freisetzen, so die Verfasser.

Derzeit plant die grüne Bundesumweltministerin Steffi Lemke die Beimischungsquote für 2023 zu halbieren und bis 2030 schrittweise auslaufen zu lassen.

Handelserleichterungen sehr effektiv

Bemerkenswert gering fällt dagegen das Potential für eine höhere Umsatzsteuer für Fleisch und ein damit verbundener Rückgang der Tierbestände aus. Laut Studie könnte so das deutsche Getreideangebot um 1,7 Mio. t steigen, EU-weit um 8 Mio. t.

Mit einem Plus von 12 Mio. t bietet laut Studie Erleichterungen im Handel mit das größte Potential. Durch eine Erleichterung von Zollkontrollen, einen verbesserten Marktzugang der Ukraine zum europäischen Markt und verbesserte Logistik, wie Zulassung ukrainischer Lkw für die EU könnten größere Mengen aus der Ukraine über den Landweg exportiert werden und damit die angespannte Marktlage zumindest teilweise entlasten. Dieser Export sei auch wichtig, um ukrainischen Lager für die neue Ernte 2022 frei zu machen, betonen die Studienautoren.

Häusling fordert Aus für Getreide im Tank

Für den grünen EU-Abgeordneten Martin Häusling steht daher schon seit längerem fest, das Verwenden von Getreide und Raps für Biokraftstoffe nicht einmal dem Klima helfe. „Aktuell aber müssen wir uns fragen, ob es moralisch verantwortbar ist, lebensmittelfähige Produkte in den Tank zu werfen, während woanders Nahrung fehlt,“ so Häusling.

Seine Kollegin Sarah Wiener fürchtet indes „größere Schäden für Biodiversität und Artenvielfalt“ durch Aussetzen von Brachen. „Wenn wir zukünftige Krisenszenarien überstehen wollen, müssen wir unsere Nachhaltigkeitsziele einhalten,“ so die Grüne. Nur das bringe einem von der Lebensmitteleffizienz in die Lebensmittelstabilität.

25052022 wochenblatt-dlv.de Welternährung: Wojciechowski kann sich Fruchtfolgelockerung vorstellen
--

Brüssel ist beim Aussetzen der Stilllegung aber vorsichtiger. Österreich soll Drehscheibe für Ukraineexporte werden.

Die EU-Agrarminister diskutierten am Dienstag (24.5.) bei ihrem Treffen in Brüssel vor allem über die Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln. Dabei standen die sogenannten Grünen Korridore und auch mögliche Ausnahmeregelungen bei der Agrarreform 2023 im Mittelpunkt.

Da sich neben den kriegsbedingten Versorgungsengpass an den Agrarmärkten auch angesichts der Trockenheit in einigen EU-Ländern eine geringere Getreideernte 2022 abzeichnet, unterstütze eine Mehrheit der EU-Staaten Lockerungen beim Fruchtwechsel, so Frankreichs neuer Agrarminister Marc Fesneau. Schließlich werde vor allem mehr Weizen gebraucht. Nach den bisherigen Reformvorgaben für 2023 ist der wiederholte Anbau einer Kultur auf einer Fläche verboten.

Vor kurzem hatte sich Deutschland ebenfalls für eine Lockerung stark gemacht.

Druck auf EU bei Stilllegung wächst

Auch wachse der Druck auf die Kommission, die 4%-ige Stilllegungspflicht zu lockern, so Fesneau. Viele Mitgliedsstaaten sehen hier Handlungsbedarf. EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski sicherte eine intensive Prüfung zu.

Allerdings räumte er ein, auch andere Maßnahmen seien denkbar, um die Versorgungslücke zu schließen. noch Zusammen mit dem Ratsvorsitzenden Fesneau betonte er aber, es könne hier nur befristete Ausnahmeregelungen geben. Prinzipiell wolle die EU an den Vorgaben festhalten.

Österreich als Drehscheibe für Ukraineexporte

Nach Auffassung des Agrarrats bieten grüne Korridore eine große Chance, Agrartransporte aus der Ukraine zu beschleunigen. Voraussetzung dabei ist aber auch, das Funktionieren des Binnenmarktes gerade in dieser Krisensituation, heißt es in Brüssel. Ukrainische landwirtschaftliche Ausfuhren sollten vorrangig behandelt werden, und Infrastrukturbetreiber sollten Schienenplätze für diese Ausfuhren zur Verfügung stellen.

Seit April wurden bereits 60.000 t Getreide von der Österreichischen Bundesbahn in die Slowakei, nach Polen und Tschechien sowie nach Brake in Norddeutschland exportiert. Bereits Anfang Mai ist der erste Zug mit Getreide in Österreich angekommen. Die Kommission forderte bei der Ratssitzung Marktteilnehmer in der EU auf, dringend zusätzliche Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

Bei einem Gespräch mit EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski betonte Österreichs Agrarminister Norbert Totschnig, alternative Transportwege seien von größter Bedeutung, um eine globale Nahrungsmittelkrise zu verhindern. „Österreich soll in Zukunft als Drehscheibe für Exporte aus der Ukraine fungieren,“ so Totschnig.

Mehr Tempo bei Eiweißstrategie gefordert

Nicht locker ließ der Österreicher bei der Eiweißstrategie. Für ihn zählt die EU-Eiweißstrategie zu einem wesentlichen Baustein, um die Lebensmittelversorgung in Europa zu sichern. Totschnig forderte daher die EU-Kommission auf, „mehr Tempo bei der Umsetzung einer europäischen Eiweißstrategie an den Tag zu legen, damit wir unabhängiger von Importen werden.“ Österreich will in seiner nationalen Eiweißstrategie, die Importe bis 2030 halbieren. Auch auf europäischer Ebene brauche man einen entsprechend klaren Fahrplan, so Totschnig.

Mandat für WTO-Konferenz

Die EU-Agrarminister legten auch das Verhandlungsmandat der Kommission für die kommende der 12. WTO-Ministerkonferenz vom 12. bis zum 15. Juni 2022 fest. So sollen Themen wie Ernährungssicherung, funktionierender Handel, Transparenz auf den Agrarmärkten sowie Verbote von Exportstopps behandelt werden.

Österreichs Agrarminister Totschnig stellte in der Runde klar, keine Handelsabkommen auf dem Rücken von Bäuerinnen und Bauern zu akzeptieren.

23052022 wochenblatt-dlv.de Ernährungssicherung Welternährung: Ein Bündel von Maßnahmen nötig

Bauernverband schlägt umfangreichen Katalog vor, Versorgungskrise und hohen Betriebsmittelkosten zu begegnen.

Angesichts der aktuellen engen Versorgungslage bei Nahrungsmitteln und hohen Betriebsmittelkosten schlägt der Deutsche Bauernverband (DBV) eine Reihe von Maßnahmen vor. Damit soll sich die Lage an den Rohstoffmärkten entspannen. Auf rund 9 Mio. t Getreide schätzt der stellvertretende DBV-Generalsekretär Udo Hemmerling den Stabilisierungseffekt im kommenden Jahr, wenn viele Maßnahmen jetzt umgesetzt würden. Das wären rund ein Fünftel der deutschen Getreideernte.

Ganz oben auf der DBV-Agenda stehen Aussetzen des Fruchtfolgegebots in der GAP-Förderung 2023 (GLÖZ 7) und der 4% Pflichtbrache (GLÖZ 8). Laut Bauernverband würde eine Lockerung der Fruchtfolgeauflagen den Weizenanbau auf 500.000 ha ermöglichen und die Weizenerzeugung um 4 Mio. t stabilisieren. Ohne die Lockerung würde die Produktion um diese Menge sinken. Das Aussetzen der Stilllegung würde zusätzlich bis zu 1,5 Mio. t Getreide bringen.

Während Bundesagrarminister Cem Özdemir die Fruchtfolgelockerungen unterstützt, wehrt er sich gegen ein Aussetzen der Stilllegungspflicht. Allerdings ist sich die Regierungskoalition in diesem Punkt nicht einig. Für die FDP ist ein Festhalten an der Stilllegung nicht vertretbar, für Grüne und SPD indes schon.

Biokraftstoffe: DBV wirft Lemke Luftbuchungen vor

Von einer Senkung der Biokraftstoffquote, wie der Bund aktuell plant, hält der DBV nichts. "Nur 900.000 t deutsches Getreide würden zu Bioethanol verarbeitet", so Hemmerling. Zudem wirft er Bundesumweltministerin Steffi Lemke vor, aufgrund der erhöhten Mehrfachanrechnungen für E-Mobilität "klimatechnische Luftbuchungen" vorzunehmen.

Statt Düngerezuschüsse pro Hektar wie in Polen favorisiert der DBV zinsfreie Betriebsmittelkredite vor allem für Düngemittel, Futtermittel und Treibstoff; mit Bürgerschafts-Variante. Der Verband schätzt den Finanzbedarf auf 8 Mrd. €, bei einer Zinsverbilligung von 3%. Die Entlastung bei Diesel und Benzin für Juni bis August 2022 um 14 Cent/l bzw. 30 Cent/l ist aus DBV-Sicht ein erster wichtiger Schritt. Gleichzeitig hält der Verband es für wichtig, Anti-Dumping-Maßnahmen beim Dünger jetzt auszusetzen. Auch sollten die Kartellbehörden in Deutschland und in der EU die Preissetzung für Düngemittel überprüfen.

Höhere Regelfeuchte für Getreide

Gleichzeitig pocht der stellvertretende DBV-Generalsekretär Udo Hemmerling gewässerschonend wirtschaftende Betriebe bei Vorlage der einzelbetrieblichen Düngebilanz von der Deckelung der Düngung in Roten Gebieten auf 80 % des Nährstoffbedarfs zu befreien. Zudem sollten bewässerbare Flächen voll nutzbar sein, was rund 1,5 Mio. t mehr bedeuten könnte.

Auch müsste die Regelfeuchte für Getreide auf 15 bis 15,5 % erhöht werden. Laut DBV blieben Landwirten dadurch rund 300 Mio. € an Abzügen erspart. Gleichzeitig würde ein niedriger Mindestproteingehalt für Brotgetreide, die Düngerkosten auf den Höfen um 240 Mio. € senken. Auch könnten Biogasanlagen in der Energiekrise mehr Strom erzeugen, wenn EEG-Begrenzungen wie Höchstbemessungsleistung und im Genehmigungsrecht zeitweise aufgehoben werden. Hemmerling setzt dabei voraus, dass die Ernährungs- und Landwirtschaft bei der Gasversorgung als systemrelevant eingestuft wird. Bisherige Aussagen der Bundesnetzagentur bezeichnete er als zu „unbestimmt“. Eine unterbrechungsfreie Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln sei essentiell.

Mittelfristige Maßnahmen

Neben kurzfristigen Maßnahmen hält Hemmerling auch mittelfristige für nötig. Damit sollen die deutschen Landwirte widerstandsfähiger und effizienter werden. So rät er dem Bund zu einer zusätzlichen Investitionsförderung, um den Anteil der Wirtschaftsdünger an der N-Düngung von heute 40 Prozent mittelfristig deutlich zu steigern. Dabei sollen Wirtschaftsdünger besser aufbereitet und gelagert werden können, um vorhandene Nährstoffe effektiver zu nutzen und Treibhausgasemissionen zu mindern.

Falls Russland weiter die internationale Sicherheit bedroht, sei in der EU der Aufbau einer Düngemittelreserve für Krisensituationen nach dem Vorbild der Ölreserve angezeigt, meint Hemmerling. Erneuert hat der DBV seine Forderung nach einer gesetzlichen Regelung zum Flächenschutz und Flächenrecycling. Dies gilt besonders mit Blick auf den zusätzlichen Flächenbedarf für PV und Wind.

Ebenso seien die Farm to Fork-Strategie nach zu justieren und um das Ziel der Ernährungssicherheit zu ergänzen. In diesem Zusammenhang verlangt die Berufsvertretung wiederholt, das Grundgesetz um die Staatsziele Ernährungssicherung und Klimaschutz zu ergänzen.